



**ALOIS STÖGER**  
Bundesminister

Stubenring 1, 1010 Wien  
Tel: +43 1 711 00 – 0  
Fax: +43 1 711 00 – 2156  
alois.stoeger@sozialministerium.at  
www.sozialministerium.at  
DVR: 0017001

Frau  
Präsidentin des Bundesrates  
Sonja Ledl-Rossmann  
Parlament  
1010 Wien

**GZ: BMASK-431.004/0020-VI/B/1/2017**

Wien, 5.4.2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 3211/J-BR des Bundesrates Gerd Krusche und weiterer Bundesräte** wie folgt:

In der Anfragebegründung wird einerseits die Einrichtung eines gesonderten Erhebungsdienstes beim AMS Steiermark angesprochen und andererseits die Zunahme der Sanktionen thematisiert, die nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz (ALVG) wegen Nichtannahme oder Vereitelung der Annahme einer zumutbaren Beschäftigung verhängt werden. Dazu ist vorweg darauf hinzuweisen, dass beide angesprochenen Maßnahmen nicht miteinander zusammenhängen.

Der vom AMS Steiermark für den Großraum Graz gesondert eingerichtete Erhebungsdienst hat die Aufgabe, vorliegenden Hinweisen oder dem bestehenden Verdacht einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung im Rahmen eines Außendienstes nachzugehen. Dabei kann es etwa darum gehen, ob eine nicht gemeldete Beschäftigung oder – im Falle der Notstandshilfe – eine Lebensgemeinschaft vorliegt, um zu klären, ob die Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen rechtskonform erfolgt. Sperren wegen Nichtannahme oder Vereitelung der Annahme einer zumutbaren Beschäftigung stehen hingegen im Zusammenhang mit dem Vermittlungsauftrag des AMS und werden von den Berater/inne/n des AMS geprüft.

Bei Bedarf werden natürlich auch in jenen AMS-Geschäftsstellen, die über keinen gesonderten Erhebungsdienst verfügen, Erhebungen durchgeführt. Das AMS befasst – je nach den Erfordernissen im Einzelfall – auch andere Organe (z.B. jene der Polizei, Finanzpolizei oder der Krankenversicherungsträger).

**Fragen 1 bis 3:**

Die Einrichtung eines gesonderten Erhebungsdienstes bietet vor allem in Ballungsräumen organisatorische Vorteile, weil Ermittlungen effizienter durchgeführt werden können. Die Beurteilung, ob und inwieweit die Einrichtung eines eigenen Erhebungsdienstes auch bei anderen regionalen Geschäftsstellen des AMS zweckmäßig ist, obliegt den für den Personaleinsatz in den RGS zuständigen Leiter/inne/n der regionalen Geschäftsstellen (RGS) des AMS.

Nach Mitteilung des AMS Steiermark gibt es dazu in einigen regionalen Geschäftsstellen Überlegungen, aber noch keine konkreten Umsetzungsschritte.

**Frage 4:**

Neben den von Mitarbeiter/inne/n des AMS durchgeführten Erhebungen nach einem Hinweis oder Verdacht auf eine mögliche missbräuchliche Inanspruchnahme einer Leistung aus der Arbeitslosenversicherung nutzt das AMS auch noch andere Informationsquellen. So werden dem AMS etwa automationsunterstützt einen Leistungsanspruch ausschließende Überschneidungen von beim Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger vorgemerkten Versicherungszeiten mit Leistungsbezugszeiträumen beim AMS mitgeteilt. Geht ein nicht gebührender Leistungsbezug auf eine unterlassene oder unrichtige Meldung des Leistungsbeziehers oder der Leistungsbezieherin zurück, wird die zu Unrecht bezogene Leistung zurückgefordert. Bei Verdacht einer strafbaren Handlung wird eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft übermittelt.

Um sicherzustellen, dass die Voraussetzungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe (weiter) bestehen, werden von den Personen, die solche Leistungen beziehen, regelmäßige Kontrollmeldungen verlangt. Bei begründetem Verdacht, dass eine Leistung nicht gebührt, können vom AMS häufigere Kontrollmeldungen vorgeschrieben werden.

**Frage 5:**

Die Aufgaben eines gesondert eingerichteten Erhebungsdienstes erstrecken sich auf Ermittlungen im Rahmen eines Außendienstes vor allem im Zusammenhang mit einer dem AMS nicht gemeldeten, den Leistungsanspruch ausschließenden Beschäftigung, einer nicht bekannt gegebenen Lebensgemeinschaft, um der Anrechnung des Einkommens eines Lebenspartners/einer Lebenspartnerin auf die Notstandshilfe zu entgehen, sowie zur Feststellung von möglichen Scheinwohnsitzen, die insbesondere dazu dienen, eine inländische Zuständigkeit zur Leistungserbringung zu belegen.

In allen Fällen wird der maßgebliche Sachverhalt vor Ort und – soweit möglich – unter Vernehmung von Zeug/inn/en festgestellt. Das Erhebungsergebnis sowie allfällige mit Zeug/inn/en aufgenommene Niederschriften werden der zuständigen regionalen Geschäftsstelle des AMS mitgeteilt. Die Ermittlungsergebnisse bilden die Grundlage für die Feststellung des maßgeblichen Sachverhaltes und dessen rechtliche Würdigung durch die regionale Geschäftsstelle des AMS.

**Fragen 6 bis 10:**

Die Kosten des Ergebnisdienstes sind laufende Personalkosten, konkret die Gehälter von drei Mitarbeitern, diesen Mitarbeitern zustehende Reisekosten (Diäten, Kilometergeld und Jahreskarte Graz - Zone 101) sowie Sachkosten (bis dato drei Mobiltelefone, drei Paar Sicherheitsschuhe und Helme).

Die Personalkosten belaufen sich brutto (einschließlich der Dienstgeberanteile zur Sozialversicherung) auf rund 11.000,- Euro monatlich. An Reisekosten wurden im Jahr 2016 rund 13.000,- Euro aufgewendet.

Die Kosten werden vom AMS Steiermark, Landesgeschäftsstelle, im eigenen Wirkungsbereich getragen.

**Frage 11:**

Der in der Steiermark gesondert eingerichtete Erhebungsdienst führt die Prüfungen im Bereich Graz- Stadt sowie in Graz-Umgebung durch. Dabei hat sich im Jahr 2016 in 172 Fällen, davon 137 in der Stadt Graz, der Verdacht bestätigt.

Eine Auswertung nach Stadtbezirken ist nicht möglich, da die Fälle nicht nach Bezirken, sondern nur nach Postleitzahlen dokumentiert wurden und diese in Graz nicht genau den Stadtbezirken entsprechen.

Die das Stadtgebiet von Graz betreffenden 137 Fälle verteilen sich nach Postleitzahlen wie folgt:

Postleitzahl	bestätigte Verdachtsmomente
8010	19
8020	57
8041	9
8042	2
8043	2
8044	3
8045	5
8046	1
8051	10
8052	2

8053	5
8054	3
8055	19

Die das Stadtgebiet von Graz betreffenden 137 Fälle verteilen sich nach Staatsangehörigkeiten wie folgt:

Staatsangehörigkeit	bestätigte Verdachtsmomente
Österreich	52
Bosnien und Herzegowina	6
Kroatien	10
Deutschland	6
Dominikanische Republik	1
Ägypten	1
Griechenland	1
Ungarn	13
Iran	1
Republik Kosovo	3
Polen	1
Rumänien	12
Slowakei	2
Slowenien	16
Serbien	1
Tunesien	1
Türkei	8
Ukraine	1

Nigeria	1
---------	---

Insgesamt entfallen 24 bestätigte Verdachtsmomente auf Drittstaatsangehörige (weder Österreicher/innen noch EU-Ausländer/innen). Drittstaatsangehörige benötigen einen eigenen Aufenthaltstitel in Österreich. Die betroffenen Personen weisen folgenden Aufenthaltsstatus auf:

Aufenthaltsstatus	bestätigte Verdachtsmomente
Daueraufenthalt-EG oder Daueraufenthalt-EU	15
Asylberechtigter/Konventionsflüchtling	1
Rot-Weiß-Rot-Karte plus	6
Aufenthaltskarte	1
Niederlassungsbewilligung unbefristet	1

#### Frage 12:

Ein Verdacht auf eine mögliche mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen entsteht in der Regel aufgrund konkreter Umstände im Einzelfall, weshalb keine abschließende Kriterienliste erstellt werden kann. Generell bilden vor allem widersprüchliche Aussagen der betroffenen Leistungsbezieher/innen oder substantiierte Hinweise Dritter, sofern sie nicht auf kurzem Wege entkräftet werden können, die Grundlage für die Durchführung weiterer Erhebungen.

So können etwa häufige Krankenstände vor Beginn von Kursmaßnahmen möglicherweise auf die Ausübung einer dem AMS nicht gemeldeten Beschäftigung schließen lassen oder die Änderung des Familienstandes (von „in Lebensgemeinschaft“ auf „Alleinstehend“) kurz vor der Beantragung der Notstandshilfe auf den Versuch, der gesetzlich vorgesehenen Partnereinkommensanrechnung – trotz Weiterbestehens einer Lebensgemeinschaft – zu entgehen.

Auch die Angabe einer Adresse, an der eine Vielzahl anderer Personen gemeldet sind, oder eine mangelnde Erreichbarkeit (z.B. wenn keine Postbehebung erfolgt oder kein telefonischer Kontakt möglich ist) können einen Hinweis bieten, dass die betreffende Person ihren tatsächlichen Aufenthalt verschweigt.

#### Fragen 13 und 14:

Die Entscheidung zur Einschaltung sowie die Beauftragung des Erhebungsdienstes erfolgt in der Regel durch die für die betroffenen Personen zuständigen Sachbearbeiterinnen oder

Sachbearbeiter in Abstimmung mit der Abteilungsleitung. Im Einzelfall kann der Auftrag auch durch die Landesgeschäftsstelle ergehen oder der Erhebungsdienst selbst tätig werden, wenn Hinweise auf eine allenfalls mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen (z.B. seitens der Finanzpolizei oder der Sozialversicherungsträger) bei diesen Stellen direkt einlangen.

**Frage 15:**

Auch hinsichtlich der vom AMS nach den Ergebnissen erhebungsdienstlicher Feststellungen zu treffenden Maßnahmen können aufgrund deren möglicher Vielzahl keine abschließenden Angaben gemacht werden.

Die häufigsten Veranlassungen sind die Ablehnung eines Antrags auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung, die (allenfalls auch rückwirkende) Einstellung des Leistungsbezugs sowie die Rückforderung einer ungebührlich bezogenen Leistung.

In vielen Fällen kommt auch eine verstärkte Vorschreibung von Kontrollmeldungen nach § 49 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes in Betracht. Je nach dem erhobenen Sachverhalt werden relevante Informationen zur weiteren Bearbeitung und Überprüfung an die zuständigen Träger oder Behörden (Gebietskrankenkassen, Finanzpolizei und Finanzverwaltung, Meldebehörden, etc.) weitergeleitet.

**Frage 16:**

Die in der Anfrage angeführte Steigerung bei der „Sperrung des Arbeitslosengeldes um 25 %“ bezieht sich auf die Entscheidungen betreffend den Verlust des Arbeitslosengeldes nach § 10 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, hauptsächlich wegen Nichtannahme oder Vereitelung der Annahme einer zumutbaren Beschäftigung oder Kursmaßnahme.

Wie aus den statistischen Daten des AMS hervorgeht, hat sich der Bestand an sofort verfügbaren offenen Stellen im selben Zeitraum von durchschnittlich 3.366 (2015) auf 4.878 (2016) und damit um rund 45 % erhöht.

Eine Zunahme an offenen Stellen bedeutet bei einem nicht wesentlich veränderten Ablehnungsverhalten der betroffenen Personen jedenfalls eine Zunahme bei der Zahl der vom AMS verhängten Sanktionen. Die Steigerung bei der Zahl der Bescheide nach § 10 AIVG liegt unter dem der Zunahme der Zahl der verfügbaren Stellen entsprechenden Wert. Die gemäß § 10 sanktionierte Ablehnung betrifft jeweils ein bestimmtes Beschäftigungsangebot. Bei einer Zunahme offener Stellen vergrößert sich die Chance, dass die aus einer größeren Anzahl ausgewählte angebotene Stelle eher den Vorstellungen der arbeitslosen Person entspricht. Es erscheint daher plausibel, dass die Zunahme der Sanktionen in geringerem Ausmaß steigt als die Zahl der offenen Stellen.

Neben der Anzahl der verfügbaren Stellen konnte auch die im Bereich des AMS Steiermark verfügbare Personalkapazität erhöht werden. Die verfügbaren Daten lassen jedenfalls nicht darauf schließen, dass im Zusammenhang mit der Arbeitsvermittlung vermehrt ein

mißbräuchliches Verhalten durch Personen, die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, aufgetreten wäre.

Einen direkten Zusammenhang zwischen der Gründung des Erhebungsdienstes und der Steigerung bei den Sperren des Arbeitslosengeldes gibt es nicht.

**Frage 17:**

Zwischen der Befassung des Erhebungsdienstes und der Verhängung von Sperren gemäß § 10 AIVG gibt es keinen Zusammenhang, weil der Sachverhalt in solchen Fällen durchwegs ohne Ermittlungen im Wege eines Außendienstes durch die jeweils zuständigen Sachbearbeiter/innen der regionalen Geschäftsstellen geklärt werden kann.

Die Anzahl der in der Steiermark in den Jahren 2013 bis 2016 verhängten Sperren geht aus den nachstehenden Tabellen hervor.

Anzahl Bescheide 2013																					
	601- Bruck/Mur	603- Deutsch- landsberg	604- Feld- bach	605- Fürsten- feld	606- Gleis- dorf	607- Graz	609- Hart- berg	610- Juden- burg	611- Murau	613- Knittel- feld	614- Leib- nitz	615- Mureck	616- Leoben	618- Liezen	620- Gröb- ming	621- Mürzzu- schlag	622- Voits- berg	623- Weiz	630- Graz-West und Umge- bung	631- Graz- Ost	Gesamt
Österreich	86	69	116	30	32	0	60	91	27	55	105	1	63	37	11	49	73	84	295	236	1520
Deutschland	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	1	1	7	7	18
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Großbritannien und Nordirland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Griechenland	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Italien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Niederlande	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Ungarn	0	0	4	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	5	0	11
Polen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
Slowakei	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	3
Slowenien	0	0	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	6
Tschechische Republik	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	0	5
Bulgarien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Rumänien	1	1	0	0	1	0	0	2	0	0	1	0	3	1	0	0	0	2	8	14	34
Kroatien	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	2	0	0	0	0	1	0	1	8	6	21
Türkei	1	0	2	0	0	0	0	0	0	0	3	0	1	2	0	0	1	0	13	9	32
Afghanistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	4
Albanien	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Bosnien- Herzegowina	1	0	0	0	1	0	4	0	0	1	1	0	1	0	0	1	0	2	16	9	37
Dominikanische Republik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	2	5
Algerien	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Ägypten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
Ghana	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
Iran	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Republik Kosovo	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	2	2	5
Mazedonien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
Russland	4	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	6	2	15
Rwanda	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Serbien und Montenegro	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	3	0	5
Serbien	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	7
Thailand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Ukraine	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	1	0	3
Vietnam	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Gambia	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Nigeria	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
	95	71	128	33	36	0	66	94	30	60	113	1	71	41	11	53	76	91	392	294	1756

	Anzahl Bescheide 2014																				Gesamt
	601- Bruck/Mur	603- Deutsch- landsberg	604- Feld- bach	605- Fürsten- feld	606- Gleis- dorf	607- Graz	609- Hart- berg	610- Juden- burg	611- Murau	613- Knittel- feld	614- Leib- nitz	615- Mureck	616- Leoben	618- Liezen	620- Gröb- ming	621- Mürzzu- schlag	622- Voits- berg	623- Weiz	630- Graz-West und Umge- bung	631- Graz- Ost	
Österreich	70	57	68	15	15	0	59	81	23	31	130	4	64	18	11	32	64	64	244	207	1257
Deutschland	2	0	0	0	0	0	1	2	0	1	6	0	0	0	0	0	0	2	7	4	25
Spanien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Frankreich	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
Großbritannien und Nordirland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Griechenland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1
Italien	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Niederlande	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Ungarn	1	1	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	1	3	1	5	2	18	
Polen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	5	6	
Slowakei	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Slowenien	0	1	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	1	0	0	2	2	12
Bulgarien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	4
Rumänien	4	3	2	0	1	0	1	3	0	2	1	0	0	0	0	2	2	15	3	39	
Kroatien	0	0	0	0	2	0	1	2	2	2	3	0	3	1	0	0	0	9	5	30	
Türkei	0	1	2	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1	12	4	24	
Afghanistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	3	0	5
Albanien	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Armenien	0	0	0	0	0	0	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	1	4	
Angola	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Bangladesch	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Bosnien- Herzegowina	2	0	0	0	0	0	1	3	0	1	2	0	1	1	0	1	0	15	5	32	
Brasilien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	
Weißrussland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Dominikanische Republik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	4	
Indien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
Republik Kosovo	0	0	2	0	0	0	1	1	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	3	10	
Mazedonien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Moldau	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	
Republik Kongo (Brazaville)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	3	
Russland	0	0	0	0	0	0	0	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	5	1	10	
Serbien	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	5	0	7	
Thailand	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Tunesien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	
Nigeria	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3	3	
Staatenlos- Nationalität ungeklärt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
	81	63	77	17	18	0	71	98	25	42	144	4	73	22	11	36	70	72	339	252	1515

Anzahl Bescheide 2015																					
	601- Bruck/Mur	603- Deutsch- landsberg	604- Feld- bach	605- Fürsten- feld	606- Gleis- dorf	607- Graz	609- Hart- berg	610- Juden- burg	611- Murau	613- Knittel- feld	614- Leib- nitz	615- Mureck	616- Leoben	618- Liezen	620- Gröb- ming	621- Mürzzu- schlag	622- Voits- berg	623- Weiz	630- Graz-West und Umge- bung	631- Graz- Ost	Gesamt
Österreich	91	65	103	21	23	0	68	97	28	36	167	0	42	21	5	28	96	65	243	211	1410
Deutschland	0	1	2	0	0	0	0	2	0	0	5	0	3	0	0	0	2	1	4	2	22
Spanien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Frankreich	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Italien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
Ungarn	0	0	0	0	1	0	1	1	3	0	3	0	1	1	0	0	0	0	8	1	20
Polen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	2
Slowakei	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2	0	1	0	1	2	2	11
Slowenien	0	0	2	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	2	8
Tschechische Republik	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2
Bulgarien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	2
Rumänien	7	3	2	0	5	0	0	3	0	0	4	0	2	0	0	1	1	3	13	10	54
Kroatien	1	0	2	0	0	0	0	1	0	4	3	0	1	0	0	1	0	0	11	5	29
Türkei	1	0	4	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	9	5	22
Afghanistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2
Albanien	0	0	0	0	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	6
Armenien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Angola	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Bosnien- Herzegowina	1	0	1	1	0	0	0	4	0	0	2	0	0	1	0	0	0	2	17	5	34
Dominikanische Republik	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	2
Georgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1
Ghana	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2
Iran	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Irak	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Republik Kosovo	3	0	1	0	0	0	1	2	0	2	1	0	0	0	0	0	0	0	3	6	19
Mazedonien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	3
Mexiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1
Mongolei	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	4
Pakistan	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Russland	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	4	2	8
Serbien und Montenegro	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1
Serbien	1	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	5	0	10
Ukraine	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	2	0	0	0	0	0	1	2	7
Nigeria	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	2	0	3
Staatenlos- Nationalität ungeklärt	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	2
	107	69	120	23	30	0	71	120	31	42	188	0	57	27	5	31	103	74	336	264	1698

	Anzahl Bescheide 2016																			Gesamt	
	601- Bruck/Mur	603- Deutsch- landsberg	604- Feld- bach	605- Fürsten- feld	606- Gleis- dorf	607- Graz	609- Hart- berg	610- Juden- burg	611- Murau	613- Knittel- feld	614- Leib- nitz	615- Mureck	616- Leoben	618- Liezen	620- Gröb- ming	621- Mürzzu- schlag	622- Voits- berg	623- Weiz	630- Graz-West und Umge- bung		631- Graz- Ost
Österreich	88	77	134	0	31	0	90	121	37	36	168	0	64	34	0	52	148	66	360	215	1721
Deutschland	2	1	5	0	1	0	3	1	0	1	1	0	1	3	0	0	0	0	7	5	31
Spanien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1
Griechenland	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Italien	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Ungarn	3	0	7	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	2	0	1	2	3	7	5	33
Polen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	3	1	6
Slowakei	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	2	0	1	0	0	2	0	8
Slowenien	2	0	5	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	1	0	1	0	0	6	1	18
Tschechische Republik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	1	0	0	0	0	3
Bulgarien	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4	1	7
Rumänien	13	1	2	0	2	0	0	5	0	1	4	0	6	0	0	1	1	4	19	7	66
Kroatien	1	0	1	0	1	0	0	2	1	3	4	0	0	1	0	2	0	0	13	8	37
Schweiz	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2
Türkei	0	1	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	3	1	28	12	48	
Afghanistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	6	1	8	
Albanien	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	4	
Armenien	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	4	
Angola	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
Bosnien- Herzegowina	4	0	1	0	0	0	0	4	0	1	1	0	0	3	0	1	0	24	4	45	
Dominikanische Republik	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Algerien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Ägypten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	0	2	
Georgien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
Ghana	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	2	
Iran	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	3	
Irak	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	
Republik Kosovo	0	0	0	0	0	0	1	1	0	1	1	0	0	0	1	0	0	3	5	13	
Mazedonien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	
Mexiko	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	
Mongolei	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
Niger	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Pakistan	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	1	
Republik Kongo (Brazaville)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	
Libanon	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	2	
Russland	3	0	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	7	0	0	0	0	5	2	19	
Serbien und Montenegro	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
Serbien	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	5	4	12	
Thailand	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
Ukraine	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	2	
Vereinigte Staaten von Amerika	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	
Nigeria	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	3	1	6	
	120	83	162	0	37	0	97	140	39	46	185	0	81	49	0	64	156	76	505	282	2122

**Frage 18:**

Neben der Einschaltung eines gesonderten Erhebungsdienstes werden im Rahmen der von den regionalen Geschäftsstellen geführten Ermittlungsverfahren auch jeweils in Betracht kommende andere Behörden (z.B. Krankenversicherungsträger, Finanzpolizei, etc.) verständigt bzw. im Wege der Amtshilfe um Mitwirkung bei den Ermittlungen ersucht. Zudem erfolgt laufend ein automatisierter Abgleich von Versicherungsdaten und Leistungsbezugszeiträumen im Wege des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger. Überschneidungen, z.B. von Beschäftigungsverhältnissen, Urlaubersatzleistungen, etc. mit Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung werden dem AMS elektronisch bekannt gegeben, und bilden die Grundlage für die weiteren Ermittlungen zur Feststellung des Sachverhaltes.

Bei Bedarf werden in kurzen Zeitabständen Kontrollmeldungen bei der zuständigen Geschäftsstelle des AMS vorgeschrieben. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht außerdem Sanktionen in Form eines Leistungsentzugs vor, wenn ein Arbeitsverhältnis selbst gelöst wurde, eine angebotene zumutbare Beschäftigung nicht angenommen oder deren Zustandekommen vereitelt wurde oder eine vorgeschriebene Kontrollmeldung ohne triftigen Grund nicht eingehalten wurde. Bei gänzlicher Arbeitsunwilligkeit besteht überhaupt kein Leistungsanspruch.

**Fragen 19 und 20:**

Aus den verfügbaren Daten des AMS ist nicht ableitbar, in welcher Höhe Leistungen zu Unrecht ausbezahlt wurden. Insbesondere kennt das Arbeitslosenversicherungsrecht auch von einem Verschulden unabhängige Rückforderungen (z.B., wenn sich aus einem erst später ergehenden Einkommensteuerbescheid ergibt, dass ein höheres Einkommen vorlag, als dies durch vom Leistungsbezieher oder von der Leistungsbezieherin vorab geschätzt wurde), die in keinen Zusammenhang mit Sozialbetrug zu bringen sind.

Die folgende Tabelle enthält eine Übersicht der in der Steiermark pro Jahr durchschnittlich offenen Beträge, die auf – auch unverschuldete – Leistungsüberbezüge zurückzuführen sind, sowie die Anzahl der Personen, gegen die eine offene Forderung besteht. Die rückgeflossenen Beträge (durch Einbehalt direkt vom Leistungsbezug, aufgrund bewilligter Ratenzahlungen oder im Exekutionsweg) können nicht dargestellt werden. Aufgrund der saldenmäßigen Verrechnung wäre es nur möglich, die Höhe der offenen Forderungen zu einem bestimmten Stichtag mit einem anderen Stichtag zu vergleichen. Mit einem derartigen Vergleich würden sich die Fragen aber nicht korrekt beantworten lassen, da durch die saldenmäßige Verrechnung keine Aufgliederung in neu entstandene und abgedeckte Rückforderungen möglich ist.

Jahr	Durchschn. offene Forderungen	Durchschn. Anzahl an betroffenen Personen
2013	2.467.922,18	2.243
2014	2.610.021,89	2.236
2015	2.951.191,11	2.423
2016	3.077.579,39	2.390

**Frage 21:**

Abhängig von der Höhe des jeweils rückgeforderten Betrages und den wirtschaftlichen Verhältnissen der Personen erstreckt sich die Einbringung der offenen Forderungen teilweise über lange Zeiträume. Solange eine offene Forderung besteht, wird seitens des AMS die Einbringung betrieben (durch Einbehalt direkt vom Leistungsbezug, aufgrund bewilligter Ratenzahlungen oder im Exekutionsweg). Nur wenn die Einbringung einer Forderung absolut unmöglich ist (z.B. wenn die betreffende Person verstorben ist und die Forderung in der Verlassenschaft nicht gedeckt ist, oder eine das Existenzminimum nicht überschreitende Alters- oder dauernde Berufsunfähigkeits- oder Invaliditätspension zuerkannt wurde und eine Gehaltsexekution damit erfolglos bleiben muss) werden offene Forderungen außer Evidenz genommen.

**Frage 22:**

Uneinbringliche Forderungen trägt die Gebarung Arbeitsmarktpolitik.

**Fragen 23 und 24:**

Die Kosten des Rückforderungsmanagements werden vom Arbeitsmarktservice Steiermark im eigenen Wirkungsbereich getragen, können aber, da es sich um einen integrativen Bestandteil der Arbeit der mit Angelegenheiten der Arbeitslosenversicherung befassten Mitarbeiter/innen des AMS handelt, nicht gesondert ausgewiesen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Alois Stöger



